

Cyfka: Pragmatisch mit Fusionsfakten umgehen

Position Langenlonsheimer VG-Chef diplomatisch

■ VG Langenlonsheim/Stromberg.

Die Position des Ältestenrates im VG-Rat Langenlonsheim steht: Eine Fusion mit der Nachbar-Verbandsgemeinde Stromberg wird abgelehnt. Ein Votum, das für VG-Bürgermeister Michael Cyfka (CDU) „härter klingt als es gemeint ist“. Seit Ende August sei er mit dem Thema befasst, erklärt der Langenlonsheimer: „Die bisherigen Gespräche im Innenministerium in Mainz liefen in freundlicher, konstruktiver Atmosphäre.“ Eine Zwangsfusion wolle niemand, auch keine gerichtliche Entscheidung. Ziel sei eine freiwillige Lösung.

Selbst wenn der Langenlonsheimer VG-Rat am kommenden Mittwoch über das Nein des Ältestenrates diskutiere, ein solches Votum heiße nicht, dass keiner die Stromberger wolle oder dass sie die schlechteren Menschen seien. Solche Signale will Cyfka keinesfalls aussenden. Doch müsse man die VG Langenlonsheim verstehen, die die Folgen einer solchen Komplett- oder Teilfusion sehe.

■ Verwaltungsneubau: Kommt die Fusion, stellt sich für Cyfka die Frage nach einem neuen Verwaltungsbau. Auf 8 bis 10 Millionen Euro schätzt er die Kosten dafür: „Wer übernimmt das?“

■ Bäder: Was wird aus den beiden modernisierten Schwimmbädern? „Bleiben beide oder nur eins?“

■ Schulden: „Werden die Schulden der VG Stromberg von einer neuen VG getragen, aufgeteilt oder ganz vom Land übernommen?“

Das Modell des „passiven Fusionsbedarfs“ sei, so der VG-Bürgermeister Langenlonsheims, nicht etwa eine Kann-Bestimmung, sondern eine Vorgabe, die mittlerweile auf einem Verwaltungsgerichtsurteil basiere. Demnach können, wenn wegen der Kreisgrenzen andere Fusionspartner ausscheiden, auch solche VGs für einen Zusammenschluss infrage kommen, die mehr als die im Kommunalreformgesetz von 2010 fixierte Obergrenze von 12 000 Einwohner haben. „Lalo“ hat 13 550 Einwohner.

Cyfka hat sich einen „pragmatischen Umgang mit den Fakten“ vorgenommen, vorausgesetzt, der VG-Rat folgt ihm darin. Es gehe auch darum, nicht dieselben Fehler wie 1970 zu machen, als bei der Kommunalreform Gemeinden per Weisung zugeordnet wurden. Der Groll wirkt bis heute fort.

Für Cyfka wäre der „beste Weg“, die für 2019/20 terminierte Reform der Kreisgrenzen abzuwarten, weil die Dörfer dann nach sozialen und wirtschaftlichen Kriterien wechseln könnten und nicht mehr an Verwaltungseinheiten gebunden seien. Beispiel: Dörfer im Norden der VG Stromberg könnten demnach in Richtung Rheinböllen wechseln. *mz*